

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Unter welchen Rahmenbedingungen findet die heutige Haushaltsdiskussion statt:

Im Gemeindefinanzbericht 2012 des Deutschen Städtetags ist zu lesen:

„Die Kommunen rechnen 2012 mit einem Überschuss von 2,3 Milliarden Euro. Nur besagt ein Überschuss im Gesamthaushalt keineswegs, dass in den Städten alles im Lot ist. Die Schlagworte sind bekannt: Investitionsstau, Sozialausgaben, Kassenkredite. Zudem sind Unterschiede deutlich. Die eine Region ist wirtschaftlich stark, die andere nachhaltig strukturschwach.“

Wir in Sindelfingen scheinen zu den wirtschaftlich stärkeren Kommunen zu gehören. Aber wir wissen auch, dass wir auch in starker Abhängigkeit von der Firma mit dem Stern stehen. Eine Wirtschaftskrise wie 2009 kann die jetzt sprudelnden Einnahmen wieder zum Stocken bringen.

„Die deutschen Kommunen haben 2012 keine neuen Schulden gemacht. Doch der Sparkurs hat eine Kehrseite: Die Städte und Gemeinden stecken viel zu wenig Geld in Schulen und Straßen. Der Investitionsstau beläuft sich bereits auf 100 Milliarden Euro.“, schreibt der Spiegel-Online.

Und ein letztes Zitat:

"Der Verfall der Infrastruktur wird zunehmend zur Wachstumsbremse", sagt Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes Christian Schramm.

Wie ist die Situation zu ändern, wenn gleichzeitig die Bundes- und Landeshaushalte unter strengen Restriktionen durch Schuldenbremse und Fiskalpakt stehen? Wo soll das Geld herkommen, das offensichtlich erforderlich ist, um die Lebensqualität der Menschen zumindest zu erhalten? Wir sind eine der reichsten Gesellschaften Europas und trotzdem sind die Kassen der öffentlichen Körperschaften verschuldet und klamm. Das muss sich ändern, wenn die Gebietskörperschaften ihre Aufgaben erfüllen sollen.

Daher gibt es eine überparteilich unterstützte Initiative „Vermögenssteuer jetzt“, die dafür sorgen will, dass die gesellschaftlich notwendigen Aufgaben von den Menschen mit den breiten Schulden mehr finanziert werden als dies bisher der Fall ist. Kommunale Parlamente von Marburg, Göttingen, Duisburg, Flensburg, Rüsselsheim, Leipzig, Bochum, Konstanz, Bonn und andere unterstützen diesen Aufruf. Ich habe den Antrag gestellt, dass wir dies auch tun und bin auf die Abstimmung gespannt.

Damit komme ich schon zum konkreten Haushaltsentwurf.

Erst einmal möchte ich mich beim Bürgermeister Gangl, beim Stadtkämmerer Pflumm und den Mitarbeitern der Ämter bedanken, denn ich weiß wie viel Arbeit dahinter steckt.

Ich vermute, dass viele meine Vorredner sie gelobt haben werden, weil der Haushaltsentwurf keine Neuverschuldung vorsieht, meinen Lob bekommen Sie insbesondere dafür, weil ich im Gegensatz zu Vorjahren keine Gebührenerhöhungen zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger für die Nutzung städtischer Einrichtungen entdeckt habe, was mich sehr positiv stimmt.

Wissen möchte ich zunächst, warum Sie bei einem Aufkommen der Gewerbesteuer im Jahr 2011 von fast 103 Mio und im Jahr 2012 von 107 Mio €, für das Jahr 2013 lediglich 80 Mio einsetzen. Wir haben doch 2013 einen weiteren potenten Gewerbesteuerzahler hinzubekommen. Auf welche Erkenntnisse stützen sich also die geschätzten Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer von immerhin 27 Millionen?

Angesichts des Verfalls der Infrastruktur scheint mir die geringfügige Steigerung der geplanten Investitionen nicht ausreichend zu sein. Erst Ende des Jahres haben bekanntlich Bürgerinnen und Bürger auf der Facebookseite der SZ sich sehr kritisch über den Zustand der Straßen geäußert. Daher frage ich Sie: Reichen die vorgesehenen Mittel für die Sanierung der Straßen aus?

Kosten der Inklusion

Wie sieht es mit den erforderlichen Investitionen für die von allen Parteien begrüßter, aber noch umzusetzender Inklusion, die eine große finanzielle Herausforderung für alle Kommunen bedeutet. Sind für die Schaffung der Barrierefreiheit Mittel vorgesehen? Was ist es uns wert, die Teilhabe der Menschen mit Behinderung zu ermöglichen? Leider kann ich dazu den Unterlagen nichts entnehmen.

Kleinkinderbetreuung

Was die Kleinkindbetreuung angeht sind sicher Fortschritte erzielt worden und erfreulicher Weise hat die Verwaltung die Anzahl der Betreuungsplätze für unter 3-jährige aufgestockt, weil sie gemerkt hat, dass die Anzahl der Geburten in Sindelfingen nicht wie bei der ersten Planung angenommen zurück gegangen ist.

Aber der Ausbau der Plätze für unter 3-jährige darf nicht zu Lasten der Hortplätze gehen. Eltern von Kindern im Grundschulalter legen zu Recht Wert darauf, dass auch ihre Kinder ordentlich versorgt sind, damit sie sich voll auf ihren Beruf konzentrieren können. Wir müssen auch weiterhin in den Ausbau der Kinderbetreuung investieren, wobei auch dem Personal in diesen Einrichtungen für ihre aufopfernde Arbeit eine bessere Vergütung zusteht.

Vorschuljahr beitragsfrei stellen

Ich fände es auch angebracht, wenn wir aus Anlass des 750-jährigen Bestehens unserer Stadt, den Eltern ein Geschenk machen und das letzte Jahr vor der Schule beitragsfrei stellen. Hierzu habe ich auch einen Antrag gestellt und beantragt, die Freistellung mit einer entsprechenden Erhöhung der Gewerbesteuer gegen zu finanzieren. Wenn sich die Stadt Heilbronn seit Jahren leistet, keine Gebühren für die Kinderbetreuungseinrichtungen zu erheben, warum sollten wir nicht wenigstens mit dem Vorschuljahr beginnen? Was hindert uns ernsthaft daran? Sowohl die SPD als auch die CDU auf Landesebene hatte das bereits angekündigt. Diese Maßnahme wäre auch ein deutlicher Standortvorteil für unsere Stadt. Es wäre Anreiz für Fachkräfte, die im Forschungszentrum gesucht werden und ein Signal „Familien und Kinder sind in Sindelfingen“ willkommen.

Ausstieg aus dem KH-Verbund

Im Gemeinderat ist mehrheitlich der Wunsch geäußert worden, die Stadt möge ihre Beteiligung am Klinikverbund aufgeben. Die dahinter stehende Begründung ist, dass mit dem mehrheitlichen Beschluss über eine Absichtserklärung zum Bau eines Großklinikums auf dem Flugfeld die ursprüngliche Zuständigkeit des Landkreises für das Betreiben des Klinikums besteht. Dem kann ich nicht widersprechen, daher hänge ich auch nicht an der Beteiligung. Aber ich verstehe, dass sich Beschäftigte im Sindelfinger Krankenhaus Gedanken und Sorgen, um ihren Arbeitsplatz machen. So lange nicht rechtmäßig ausgehandelt ist, dass tatsächlich eine neues Klinikum entsteht, in das die bisherigen Arbeitsverhältnisse der Beschäftigten übertragen werden, kann ich einem Ausstieg nicht zustimmen, weil sich dadurch der Gemeinderat aus der Verantwortung für die Beschäftigten des Sindelfinger Krankenhauses stehlen würde und das halte ich für falsch. Angesichts der schwirrenden Gerichte über einen möglichen Verkauf des Klinikverbundes Südwest an Privatinvestoren sage ich ausdrücklich, dass der Ausstieg Sindelfingen nicht Einstieg in eine Privatisierung sein darf. Bei der Frage der medizinischen Versorgung der Menschen muss die Politik zuständig bleiben, wir dürfe sie nicht den Profitverwertungsinteressen der Finanzanleger überlassen.

A 81-Deckel

In dem Haushalt ist der neue Zuschuss für den A 81 Deckel eingeplant. Auch wenn hier der Bund meines Erachtens voll in Pflicht wäre, sind wir es den lärmgeplagten Menschen an der A 81 schuldig, dafür zu sorgen, dass sich der Bau des Deckels noch weiter verzögert.

Bezahlbare Wohnungen

Wir werden uns mit der Wohnungssituation auseinandersetzen müssen. Welche Entwicklungen gibt es auf dem Wohnungsmarkt in Sindelfingen. Im Haushalt sind dem Produkt „Wohnungsbauförderung und Wohnungsversorgung“ fünf Tausend € mehr zugewiesen als im Vorjahr. Kann man dann davon ausgehen, dass die Stadtverwaltung keine Probleme mit bezahlbaren Wohnungen sieht? Da sich in der ganzen Republik die Lage zuspitzt, wäre es nicht besser vorsorglich mehr zu tun? Es wäre wünschenswert, wenn wir hier in einer der nächsten Sitzungen von Frau Bürgermeisterin Dr.Clemens eine Übersicht erhielten.

Innenstadt

Unbefriedigend finde ich weiterhin die Situation in der Innenstadt. Außer der Umgestaltung des Marktplatzes und dem Bebauungsbeschluss zum Feger passiert zu wenig, um die Innenstadt zu beleben und attraktiver zu machen. Wäre es nicht sinnvoll statt an der rechtswidrigen Erweiterung des Breuninger auf der Wiese festzuhalten, ihm anzubieten im Stern-Center eine Außenstelle einzurichten. Diese Außenstelle hätte einen S-Bahn-Anschluss, seine Kunden wären dadurch in der Innenstadt, wovon auch die umliegenden Einzelhändler profitieren könnten. Auch die Umsetzung eines kostenlosen W-LANS-Angebots könnte die Attraktivität der Innenstadt erhöhen

Eichholz und andere Stadtteile

Spätestens seit der Diskussion über den geheim zu haltenden Sozialbericht wissen wir, dass wir einen enormen Handlungsbedarf haben, was die Investitionen in den Stadtteilen angeht. Die Stadtverwaltung hat mit den vom Bund mitfinanzierten „Soziale Stadt“-Projekten im Eichholz und in der Viehweide sehr gute Arbeit gemacht. Das muss man hervorheben, aber ich befürchte, wir müssen uns auch um die anderen Stadtteile kümmern, damit der soziale Zusammenhalt erhalten bleibt. Und es kommen auch neue Aufgaben dazu. Im Eichholz ist seit einigen Wochen kein Lebensmittelladen vorhanden und bald schließt auch der Metzger. Damit ist für die Menschen ohne Auto, insbesondere viele ältere Menschen, die Versorgung erschwert. Jetzt bin ich nicht der Meinung, dass die Stadt die Aufgabe hätte, selbst einen Laden zu betreiben, aber wie organisieren wir das dort jemand wieder die Versorgung sicher stellt. Das denke ich, sollte schon auch eine Aufgabe für die Wirtschaftsförderung sein.

Damit will ich schließen und freue mich auf die Haushaltsberatungen in den nächsten Wochen.